Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

34. Jahrgang.

№ 238. | Erscheint jeden Wochentag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. u. einmonatl. 75 Pf. | **Donnerstag, den 12. Oktober.** | Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige. | **1882.**

Tagesschau.

Freiberg, den 11. Oktober

Kaum eine Woche noch trennt uns von dem Tage, an welchem sich die Wahl der preußischen Urwähler vollzieht, welche dann ihrerseits nach wiederum einer Woche die Abgeordneten zu wählen haben. Es ist daher begreiflich, daß alle Parteien ihre äußersten Kräfte anspannen, um noch in letzter Stunde den Sieg möglichst an ihre Fahnen zu fesseln. Noch kurz vor Thoresschluß hat auch das Zentrum seinen Wahlaufruf veröffentlicht, dagegen ist von den Nationalliberalen auf der am vergangenen Sonntag zu Berlin stattgefundenen Partei-Versammlung der Beschluß gefaßt worden, diesmal von einer ähnlichen Kundgebung abzusehen, da eine solche in Hinblick auf das ältere Parteiprogramm nicht nothwendig sei. Wie es scheint, will auch die Fortschrittspartei von einem Wahlmanifest absehen, doch ist hierüber noch nichts Näheres bekannt. Im Uebrigen giebt die Wahlbewegung auch jetzt noch kein übersichtliches Tableau von der künftigen Parteigruppirung im preußischen Abgeordnetenhause, namentlich auf liberaler Seite wogen die Gegensätze noch stark auf und nieder; während in manchen Kreisen sich die Liberalen gegenseitig unterstützen, stehen sie sich in anderen Wahlkreisen feindlich gegenüber; so haben erst kürzlich die Nationalliberalen Breslau's beschlossen, den drei dort von den vereinigten Fortschrittlern und Sezessionisten aufgestellten Kandidaten drei Nationalliberale entgegenzustellen; die Urwahlen werden also wohl diesmal hier und da überraschende Resultate ergeben. — Die Nachrichten über das Befinden des Fürsten Bismarck lauten im Ganzen günstig bis auf die Gesichtsschmerzen, unter welchen der Reichskanzler mit geringen Unterbrechungen leidet. Die Version, wonach der Kanzler nach Friedrichsruhe übersiedeln und auf dem Wege dahin über Berlin reisen wolle, wird von der „Nationalzeitung" als gänzlich unzutreffend bezeichnet. Die baulichen Veränderungen, die in Friedrichsruhe vorgenommen werden und erst im Spätherbst oder Winter zu Ende kommen, machen Friedrichsruhe zur Zeit unbewohnbar. — Die Reichsregierung hatte vor einigen Jahren dem Reichstage ein Kasernirungs-Gesetz vorgelegt, von welchem jedoch des Kostenpunktes wegen Abstand genommen wurde. Wenn jetzt die „Vossische Zeitung" dem Kriegsministerium die Absicht unterlegt, bei Durchführung der Kasernirung, insbesondere bei Zusammenlegung im Regimentsverbande, da noch gegen 100 Regimenter in je 2 Garnisonen, 30 Regimenter in je 3 Garnisonen und 6 Regimenter in je 4 Garnisonen lägen, ein schnelleres Tempo einzuschlagen, d. h. vom Reichstage größere Mittel zu diesem Zwecke zu verlangen, so dürfte diese Nachricht eine irrthümliche sein. Wie die „Kreuzzeitung" hört, wird die Reichsregierung nur, wie bereits in früheren Jahren, wieder im ordentlichen und außerordentlichen Militäretat für den Bau einer größeren Anzahl Kasernen die Mittel beantragen. — Die Verhaftung des Banquiers und Direktors der deutschen Vereinsbank in Berlin, August Sternberg, wegen Sittlichkeits-Vergehens machte an der gestrigen Börse viel von sich reden.

Der württembergische Staatsanzeiger berichtet: Der Beirath der Verkehrsanstalten beschloß am Montag unter dem Vorsitz Mittnacht's einstimmig, die Erhaltung der reichsverfassungsmäßig bestehenden finanziellen und administrativen Selbständigkeit der württembergischen Postverwaltung liegt im Landesinteresse. Deshalb kann Württemberg nur solchen Maßnahmen auf Abhilfe gegen die Mißstände, welche aus der Verschiedenheit der Postwerthzeichen hervorgehen, zustimmen, welche die Selbständigkeit der württembergischen Postverwaltung unberührt lassen. Der Beirath empfiehlt jedoch, daß Postkarten, mit Werthzeichen anderer deutscher Postverwaltungen versehen, unter geeigneten Maßnahmen künftig befördert werden. Der Antrag eines Mitgliedes, den Umtausch anderer Werthzeichen mit württembergischen bei den Postanstalten zu empfehlen, wurde mit 9 gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Zu dem in diesen Tagen in Darmstadt stattfindenden ersten deutschen Sparkassentag sind folgende auf die Weiter-Entwickelung des Sparkassenwesens bezügliche Anträge zur Diskussion gestellt: 1) in allen Gemeinden, wo noch keine Ortssparkassen oder Zweig-Anstalten (Filialen) von solchen, oder doch wenigstens Sparstellen bestehen, sind solche schleunigst zu errichten, und wird die Ausführung dieses Vorschlages insbesondere als eine Aufgabe der Gemeinden bezeichnet; 2) in größeren Ortschaften sind überdies möglichst zahlreiche, den Sparern bequem gelegene Sparstellen außer der Hauptsparkassenstelle einzurichten, als welche auch die Verkaufsstellen für Sparmarken (vergl. Punkt 4) anzusehen sind; 3) die Geschäftszeit für Annahme von Spareinlagen ist für die Sparer so bequem als möglich und überall so zu bestimmen, daß namentlich auch der an bestimmte Arbeitsstunden gebundenen Bevölkerung möglichst täglich auch außerhalb der gewöhnlichen Arbeitsstunden Gelegenheit gegeben ist, Spareinlagen anzubringen; 4) für kleinste Sparbeträge (10 und 5 Pfge.), wie für alle Pfennig-, Schul-, Jugend- und sogen. Rabatt-Sparkassen ist die Einführung der an möglichst vielen Stellen jedes Ortes, insbesondere auch in der Nähe von Schulen zu verkaufenden Sparmarken und Sparkarten schleunigst zu bewirken; 5) für Erreichung der durch Winterbedürfniß-, Miethzins-, Schulzins-, Steuer-, Konfirmanden-, Militärdienst- und Aussteuer-Sparkassen aller Art, wie durch Arbeiter-, Dienstboten-, Fabrik-, Lohn-, Alters- und Invaliden-, sowie auch Schuldentilgungs-Sparkassen verfolgten Sparzwecke, ist durch allgemeine Einführung sogenannter „gesperrter Sparbücher" eine Einrichtung zu treffen, wonach wie bei den eben genannten Kassen Sparbeträge bis zu einem im Voraus bestimmten Zeitpunkte mit Hinzuschlagung von Zins auf Zins angesammelt werden können, welche vor dem bestimmten Zeitpunkte vertragsmäßig weder ganz, noch theilweise erhoben, bez. ausbezahlt werden dürfen; 6) Seiten der Gemeindesparkassen ist ein Theil ihres Reingewinnes zur Begründung, bez. Erhaltung von sogen. Altersparkassen, namentlich für die unbemittelte Bevölkerung und zur Gewährung von Zinszuschlägen (Prämien) an unbemittelte Sparer, jedoch nur auf gesperrte Sparbücher zu gewähren; 7) ferner ist eine Einrichtung zu treffen, wonach bei dem Wechsel des Aufenthaltsortes des Sparers dessen Spargeldforderungen leicht von einer Sparkasse auf die andere übertragen werden können, und ist in dieser Beziehung zunächst wenigstens der von dem sächsischen Gemeindetage und sächsischen Sparkassentage gefaßte Beschluß durch ganz Deutschland zur Ausführung zu bringen; 8) zu dem unter 7 gedachten Zwecke, wie überhaupt zur Förderung des Sparens in jeder Richtung und zur Herbeiführung gemeinsamer nützlicher Einrichtung für diese Zwecke sind Landes- und Provinzial-Sparkassenverbände und durch diese bez. mit ihnen ein deutscher Sparkassenverband zu begründen; 9) zur Ausführung der über diese Vorschläge gefaßten Beschlüsse und Vorbereitung des Erforderlichen für einen einzuberufenden konstituirenden deutschen Sparkassentag wird zunächst auf ein Jahr ein ständiger Ausschuß deutscher Sparkassen von dem in Darmstadt versammelten Sparkassentage gewählt.

In **Oesterreich** ist die irredentistische Angelegenheit wieder mehr in den Hintergrund getreten, während das Verhältniß des Kaiserstaates zu seinen kleinen Nachbarn auf der Balkanhalbinsel jetzt vielfach von der österreichischen Presse erörtert wird. Anlaß hierzu hat der Besuch König Milans von Serbien in Wien gegeben, wo der serbische Herrscher schon seit voriger Woche weilt. Daß dieser Besuch eine politische Bedeutung hat, ist sicher; König Milan von Serbien wird immer mehr durch die Verhältnisse dazu gedrängt, sich entweder für Oesterreich oder für Rußland zu entscheiden. Der Serbenfürst für seine Person neigt sich augenscheinlich Oesterreich zu, dagegen hat die öffentliche Meinung in Serbien — wenn man von einer solchen überhaupt sprechen kann — die russischen „Befreier" noch nicht vergessen und die radikale Opposition in der serbischen Skuptschina ist vor Allem der Träger dieser russenfreundlichen Gesinnung. — Im ungarischen Unterhause fragte gestern Mocsary (Opposition) den Minister des Innern, warum über Preßburg das Standrecht verhängt worden sei, ohne daß das Komitat selbes verlangt habe. Der Ministerpräsident antwortete darauf, der Erlaß sei blos darum erfolgt, damit das Standrecht, wenn nothwendig, sogleich angewendet werden könne. Die Preßburger Judenkrawalle seien übrigens durch die Blätter übertrieben, amtlich konstatirt seien nur unbedeutende Unruhen, doch habe die Regierung nicht die persönliche Freiheit eventueller Räuber, Mörder und Mordbrenner in Betracht ziehen können, sondern die Ruhe und den Frieden der Landesbürger beschützen müssen. Abg. Mocsary konstatirte hierauf ebenfalls, daß viele Journale Unwahres berichtet haben, weshalb er dem Standrechterlasse nicht zustimmen könne, denn außer dem Schutz, der Ruhe und dem Frieden der Bürger müsse auch deren persönliche Freiheit respektirt werden. Auf eine Anfrage des Abg. Polony bezüglich der Szolnoker Bahn-Holzbrücke antwortete der Minister, daß alle Bahnbrücken revidirt wurden und speziell die Szolnoker im besten Zustand befunden wurde. — Bei der Konstituirung der Sektionen siegte überall die liberale Partei.

Die gestern erwähnte Rede des italienischen Ministers Depretis macht in **Frankreich** durchweg einen günstigen Eindruck. Man schließt aus seinen Aeußerungen über die demnächstige Besetzung der beiderseitigen Botschafterposten wie über die allgemeinen Beziehungen Italiens zu Frankreich, daß die bisherige Mißstimmung in Italien wegen Tunis besseren Erwägungen gewichen sei und daß daher die Unterhandlungen betreffs Aufhebung der Kapitulationen auch seitens Italiens keinen zu großen Schwierigkeiten mehr begegnen werden.

Seitdem die englischen Kanonen und Bajonnette den **egyptischen** Aufstand niedergeworfen und des Khedive wankendem Throne neue Stützen verliehen haben, sind natürlich die Führer des Aufstandes, Arabi Pascha und ca. achtzig Genossen, in eine sehr bedenkliche Lage gerathen, denn, besiegt und gefangen, sitzen sie nunmehr vor dem Kriegsgerichte in Kairo, welches sicher keinen freundlichen Urtheilsspruch fällen wird. Entsetzung aus ihren ehemaligen Aemtern und Würden ist Allen gewiß, und ob außerdem Tod oder — Verbannung sie treffen wird, darüber schwankt das Zünglein in der Waage der Gerechtigkeit noch bedenklich. Der Khedive zumal, der nicht vergessen kann, daß die Aufständischen nach seinem Throne und Leben getrachtet haben, verlangt zu seiner und des Landes Beruhigung, aber wahrscheinlich auch, um seinen Haß zu befriedigen, für Arabi Pascha und dessen Mitverschworene die Todesstrafe, und wenn es nur nach dem Khedive und seinem neuen Anhange, lauter Gegnern Arabi's geht, so dürfte dieser allerdings sammt seinen Genossen bald am Galgen hängen oder aus dem Laufe der Flinten den Tod empfangen. Mächtiger aber als der Khedive und seine Getreuen sind in Egypten die Engländer, und was der englische Premierminister über die egyptischen Verschworenen beschließt, das wird wohl der Urtheilsspruch des Kriegsgerichts sein und die englische Regierung wird sich vielmehr von politischen Beweggründen in dieser Hinsicht leiten lassen, als von denjenigen des allgemeinen Rechts. Als gemeiner Verbrecher kann Arabi Pascha ohnedies nicht behandelt werden, denn das Ziel seiner waghalsigen Thaten war eine politische Umgestaltung Egyptens und Monate lang stand ja auch die Mehrheit der egyptischen Bevölkerung auf seiner Seite. Wäre es ihm möglich gewesen, Siege zu erringen, so wäre er jetzt ein gefeierter Nationalheld. Schlimm steht es für Arabi Pascha, wenn ihm nachgewiesen werden kann, daß er den direkten Befehl zur Niedermetzelung der Europäer und Plünderung derselben in Alexandrien gegeben hat. Aber auch hier könnte man Arabi Pascha als unter dem Zwange der Ereignisse stehend mild beurtheilen, denn als die englischen Bomben auf Alexandrien niederfielen und ganze Straßen in Schutt und Asche legten, konnte man die Menschen- und Völkerrechte zwischen Engländern und Egyptern wohl als aufgehoben betrachten; der egyptische Pöbel verrichtete im Grunde genommen nur dasselbe Werk wie die englischen Bomben. Uebrigens fehlt es auch nicht an Beweisen, nach welchen gerade Arabi Pascha der Vernichtung der Europäer Einhalt geboten hat. So ist Herr von Lesseps, der Erbauer des Suezkanals, voll Lobes über Arabi und stellte dem Kriegsgerichte von Kairo das Zeugniß zur Verfügung, daß durch die Anordnungen Arabi's Hunderte von Europäern über Ismailia gerettet worden wären. Auch soll Arabi in Tantah und anderen egyptischen Ortschaften plündernde und das Leben von Europäern bedrohende Beduinen haben hängen lassen. Sehr wenig kommen bei dem Prozesse der Aufständischen die Verhandlungen des Kriegsgerichts in Kairo in Betracht, denn erstens werden dieselben geheim geführt und zweitens hat kein in Egypten ansässiger Advokat die Vertheidigung Arabi's und seiner Genossen zu übernehmen gewagt, sondern ein englischer Advokat aus Tunis hat Arabi's Vertheidigung übernommen und wird wohl einen schweren Stand haben, wenn eine Ordre aus London an die Richter das Urtheil nicht mildert. Englands politischer Ruhm, sowie die Stellung des Kabinets Gladstone neigen zu einer glimpflichen Beurtheilung Arabi's und seiner Unglücksgefährten und die Todesstrafe wird sie nur dann treffen, wenn auch nach der Meinung der englischen Regierung dieselbe zur dauernden Beruhigung Egyptens nothwendig ist. — Eine Londoner Depesche sagt: Arabi Pascha wird